

Kösliner Volksblatt.

Das Kösliner Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- u. Feiertagen. Vierteljährlicher Bezugspreis 2 M. 70 Pf. Schriftleitung und Verlag Köslin, Bergstr. Nr. 26. Fernsprech-Anschluß Nr. 49. Postfach-Konto Danzig Nr. 1989.

vorm. Fürstentümer Zeitung
General-Anzeiger für den Regierungsbezirk Köslin

Der Anzeigenpreis beträgt für die sechs-gespaltene Zeile 20 Pf.; Kellame kostet die dreispaltige Klein- und 10 Pf. Bei Wiederholung wird Preisermäßigung gewährt. Erfüllungsort Köslin. Vermittlung von Anzeigen für alle Zeitungen ohne Preisermäßigung.

Nr. 29.

Dienstag, den 4. Februar 1919.

17. Jahrgang

Held Hindenburg!

Zum zweiten Male soll unserem Vaterlande in Hindenburg ein Retter entstehen: Nicht mehr wie einst im August 1914 gegen die Millionenheere des zaristischen Rußland, sondern gegen die zügellosen und blutgierigen Horden des bolschewistischen Terrors. Und darin liegt die Größe und die Bedeutung des jetzt an Hindenburg ergangenen Rufes des Rates der Volksbeauftragten: Hindenburg soll zum Retter der gesamten Kulturwelt werden! Was sich heute noch friedlich gegen uns stellt, was alles Deutsche mit maßlosem Haß verfolgt, ist letzten Endes auf die Feldherrnkunst eines Hindenburg angewiesen, der es obliegt, den Weltjoch des Bolschewismus zu überwinden. Und dieselben Kreise, die den Sieger von Tannenberg bis in die letzte Zeit hinein als „Menschenschlächter“ beschimpften, deren engherziger Parteidoktrinismus es nicht gestattete, auch nur den leisesten Versuch zu unternehmen, der geschichtlichen Größe dieses Feldherrn gerecht zu werden, blicken heute in felsenfestem Vertrauen auf Hindenburg: er wird es schon schaffen. Sie wollen heute nichts mehr davon wissen, daß sie nicht das ehrliche Bekenntnis eines Sozialisten: Ich gehe zu Hindenburg! dem Verrat an der sozialistischen Idee gleichstellten und nach der Kreuzigung des Uebeltäters riefen.

Mit dieser Wandlung könnte man zufrieden sein, vielleicht sogar der stillen Hoffnung leben, daß sich der von uns vertretene nationale Gedanke siegreich über den internationalen der Völkerverbrüderung durchzusetzen beginnt, aber wer bürgt uns dafür, daß diese Wandlung auch Bestand hat? Denn nicht jeder ist wie Hindenburg ein granitener Fels der Ueberzeugungstreue und unerschütterlichen Pflichterfüllung. Welch herrlichstes Beispiel dieser vorzüglichsten Eigenschaften des preussischen Offiziers hat uns Hindenburg gerade jetzt wieder gegeben! Nicht nur daß er den Bitten seiner größten Widersacher nachgegeben ist und die Leitung des Grenzschutzes gegen polnischen und bolschewistischen Nationalismus übernommen hat, sondern in der schlichten und doch so erhabenen Art, mit der er am 27. Januar des Kaisers gedacht hat. „Für seine und meine Verdienste, die dem Kaiser besonders verdächtig sind, würde es selbst andenkendsten erscheinen, wenn wir uns schenken wollten, offen zu bekennen, daß wir heute in Liebe, Dankbarkeit und Ehrfurcht, aber auch in tiefem Schmerz des Kaisers gedenken, dem bisher unser ganzes Sein und Tun gegolten hat“, sagte Hindenburg und schloß mit dem Wunsche, Gott möge den Kaiser segnen und ihm Kraft verleihen, das Schwere zu tragen, das ihm auferlegt worden ist. „In diesem treuen Wunsche wollen wir still unsere Gläser leeren“.

Man fühlt die tiefe Ergriffenheit dieser wenigen Sätze aus jeder Silbe heraus, und der Sieger in unzähligen Schlachten scheut sich ihrer nicht, fürchtet auch nicht die kläffende Meute, die jetzt wieder über ihn herfallen wird in niedriger Verleumdungsjucht. Und noch unendlich viel mehr spricht aus Hindenburgs Worten! Sie sind ein Flammenmal gegen alle die, die mit den Ereignissen des 9. November ihre kaiserliche Gesinnung von sich warfen, wie einen zerlumpten Rock mit dem sie sich in der „neuen Gesellschaft“ nicht zeigen zu können glaubten! Hindenburg ist allein sich selber treu geblieben und hat den Mut, das offen zu bekunden. Auch darin ein Held!

Spartakus macht mobil.

In Berlin fand gestern (Sonntag) eine Gedächtnisfeier des Spartakusbundes für Liebknecht und Rosa Luxemburg statt, die man, wie aus gut unterrichteten Kreisen verlautet, als Mobilmachungs-Aktion für einen neuen Aufbruch anzusehen hat, der für den 8. Februar als dem Tage des Zusammentritts der Nationalversammlung in Aussicht genommen ist. Die Bewegungen an der Küste und besonders in thüringischen Städten entspringen sämtlich einem großzügigen Feldzugsplan, dessen Durchführung diesmal in den bewährten Händen des 3. h. Gen. Hoffmanns liegt. Die nächsten Tage schon werden bewiesen müssen, daß die von der Regierung getroffenen Maßnahmen ausreichen. Einige Zweifel dürften jedoch nicht unberechtigt sein. Das militärische Werk geschieht zwar nicht, aber es besteht nach Ansicht von itälicher Kreise nicht die geringste Gefahr dafür, daß sich nicht auch spartakistische Elemente in die neuen Tappenteile drängen und dann die zuverlässigen Mannschaften anfordern. Auch sonst ist die Stimmung in Berlin wie überhaupt im Reich der Stille vor dem Sturm. Überall, wo Spartakus wühlt, rollt russisches Geld, besonders freigiebig wird es für die Bildung einer roten Garde ausgeworfen, deren erste Aufgabe die Besetzung der öffentlichen Gebäude und der Verkehrs- und Telegraphen-Anstalten ist. Wenn das richtig ist, was gestern abend in später Stunde verlautete, daß die Regierung im Besitze des spartakistischen Mobilmachungs- und Vollzugsplanes ist, so ist die Verhütung eines neuen Bürgerkrieges möglich, aber es darf dann auch keine Zeit mehr verloren werden. So sind bereits in der letzten Nacht aus Königsberg Nachrichten eingelaufen, wonach sich dort ein völliger Umsturz der Verhältnisse vollzogen haben soll. Aus Berlin gelommene Spartakiden, in der Hauptstadt Marosen, die polnische Front auf Westpreußen geplant.

rungskreisen mitgeteilt worden, worauf das Gouvernment-Gebäude und das Generalkommando von Reiterstruppen besetzt wurden. Tödem wurde den Spartakiden kein Widerstand geleistet und die Truppen aus den Gebäuden zurückgezogen. Für die Beamten hat die Regierung Streikparole ausgegeben.

Die Expedition nach Bremen.

Berlin, 31. Januar. Aus einer Unterredung mit dem Mitgließe der Reichsregierung Noske über die Gründe und nächsten Ziele der Expedition nach Bremen wird mitgeteilt:

Bremen hat eine besondere Bedeutung als unser zweitgrößter Handelshafen. Anfang Februar soll das Auslaufen von Lebensmittelschiffen beginnen. Bei der absoluten Unfähigkeit der Verhältnisse bestand keine Bürgschaft dafür, daß beim Ein- und Auslaufen der Schiffe Zwischenfälle oder Störungen nicht vorkommen würden. Die Zufuhr von Lebensmitteln muß aber unbedingt sicher gestellt werden. Deshalb sind Truppen von erheblicher Kampfkraft in Bremen abgestellt worden. Von den einmarschierenden Reiterstruppen wird gewiß kein Schuß abgegeben, wenn nicht von den Bremer Spartakisten oder Unabhängigen zuerst geschossen wird.

Hannover, 1. Februar. In Bremen sind russische Bolschewiken zur Rettung des Spartakus-Widerstandes tätig. Heute, Sonnabend, werden die Reiterstruppen die Vorstädte von Bremen erreicht haben. Gegen die Südstädte und den Hafen werden starke Marinegeschütze aufgeschoben.

Hindenburg, 2. Februar. Die Spartakusleute in Bremen haben die Telefon- und Telegraphenleitungen durchschnitten. Den hiesigen Einwohnern wurde das Verlassen der Häuser unter Androhung der Todesstrafe (!) verboten. Auf die Dampfschiffe wurden Maschinengewehre geschafft.

Berlin, 1. Februar. Die Anwendung der Reichserekrutur gegen die terroristische Spartakistische Minderheit in Bremen hat nicht nur in Bremen selbst, sondern auch in Hamburg und Wilhelmshaven heftigen Widerstand. Seit der Ankunft der Truppen in der Nähe von Bremen ist an der Wasserfront Ruhe eingetreten. Man ist sich der Hoffnung hin, daß die Ein- und Ausfuhr der Lebensmittelschiffe gesichert ist. Die Spartakisten besetzten Arbeiter sind allerdings nach wie vor entschlossen, den Kampf mit den Reiterstruppen aufzunehmen. Gestern sollte eine Versammlung abgehalten werden, in der die Spartakisten über ihre weiteren Schritte beraten wollten.

Berlin, 2. Februar. Die von uns ausverkauften Duelle erfahren, sind militärische Anmaßungen des Reiches auch gegen den Spartakus-Terror in Braunschweig und Düsseldorf als bevorstehend anzusehen.

Ein vereiteltes Spartakuskreuz.

Sarburg, 2. Februar. Etwa 20 Marinevolksten brachen mit einer Barfusse unter drei Führern in Sarburg ein und marschierten nach den vereinten Gemeindeflecken Sarburg-Wien. Sie waren bewaffnet und besetzten das Hauptkontor und die Fernsprechzentrale in den Gemeindeflecken. Von der Betriebsleitung forderten sie die Herausgabe von Summen für den Obersten Marineat der Untersee. Es wurde sofort der Soldatenrat in Kenntnis gesetzt und Mannschaften waren schnell zur Stelle. Es stellte sich dann heraus, daß die Marinevolksten keinerlei Anwesenheit bei sich führten. Nach Feststellung ihrer Personennamen wurden sie über die Grenze gebracht und dem Obersten Marineat der Untersee Mitteilung über den Vorfall erstattet. Die Marinevolksten waren sämtlich im Besitz eines von dem Kaiser-Ausschuß ausgestellten Waffenscheines.

Rundschau.

„Wie sie abrücken.“

Die Einführung der Dienstpflicht in Amerika.

Washington, 31. Januar. Der Gesetzentwurf, der die Einführung einer allgemeinen obligatorischen Wehrdienstpflicht für alle Männer über 18 bis zum 28. Jahre als dauernde Einrichtung anordnet, ist beim Senat eingebracht worden.

Annapolis, 31. Januar. In einer Versammlung erklärte der Marine-Sekretär Daniels, es werde für mehrere Jahre keine Verminderung des Kriegsschiffbaues eintreten, und fuhr fort: „Wir werden nicht gegen irgendeine Nation bauen, weil wir die Zuerst haben, daß der Völkerverbund eine Freundschaft und ein Einvernehmen erzeugen wird, die zu Mißtrauensschranken führen werden; aber die Verbeibaltung der Monroe-Doktrin macht die Aufrechterhaltung einer starken Kriegsstotte zur Notwendigkeit.“

Unter französischer Herrschaft.

Basel, 31. Januar. Aus Straßburg wird gemeldet: Der französische Generalgouverneur verbot die Auszahlung von Arbeitslosen-Unterstützung im besetzten Gebiet.

Deutsch-Österreich — deutsch!

Wien, 31. Januar. Der Staatsrat für Deutsch-Österreich hat in seiner Kabinettsitzung am Donnerstag einstimmig den Gesetzentwurf an die österreichische Nationalversammlung angenommen, der Deutsch-Österreich als Bestandteil des Deutschen Reiches erklärt.

Der Kampf gegen die Polen.

Berlin, 31. Januar. Nach Meldungen von der polnischen Front ziehen die Polen gegen die Bahn nach Pissa im Süden und Schneidemühl im Norden außerordentlich starke Truppenmassen zusammen. Die deutschen Truppen beschränken sich jetzt auf die Defensive. Thorn, Schneidemühl und Pissa werden von den Deutschen in starken Verteidigungsaufstand gesetzt.

Berlin, 31. Januar. In Posen sind von den Polen neuerdings sieben hervorragende Persönlichkeiten als Geiseln festgesetzt worden, darunter der Präsident der Ansiedlungskommission, Gansse. Die Verhaftung wird als Vergeltungsmaßnahme gegen die Festnahme des Haupt der polnischen Agitation in Oberschlesien bekannten Jankowski in Genua bezeichnet. Mit derselben Begründung hatte man schon vorgestern die Festnahme des Landeshauptmannes von Genua in Posen vorgenommen.

meine Zeitung“ versichern zu können glaubt, planen die Polen zum 5. oder 6. Februar einen größeren Einfall nach Westpreußen.

Ueber Thorn der Belagerungszustand verhängt.

Bromberg, 2. Februar. Ueber die Veranlassung zur Verhängung des Belagerungszustandes über Thorn wird uns mitgeteilt:

Am 30. Januar 1919 wurde wegen Spionageverdachts der Unterzahlmeister Knödel von der 4. Maschinengewehr-Abteilung in Haft genommen. Bei der Durchsuchung seiner Wohnung wurde eine Menge gegen ihn und eine Anzahl polnisch-thornischer Bürger belastendes Material vorgefunden. Mit ihm wurden bisher 8 Personen auf Grund des § 81 Absatz 4 verhaftet.

Die Lage in Kurland.

Riga, 31. Januar. Die Lage in Kurland hat sich in den letzten Tagen gebessert. Die Bolschewiken wurden in mehreren Zusammenstößen über den Windaufluch zurückgeworfen. Vorgestern wurde Schrudon an der Windau nach heftiger Gegenwehr von deutschen Truppen und baltischer Landwehr gestürmt. In vielen Landkreisen herrscht der Terror örtlicher Bolschewiken. Nicht geklärte Gutbesitzer und Pastoren sind verschleppt und teilweise ermordet worden.

Die Gefahr aus dem Osten.

Genf, 31. Januar. Pichon erklärte am Donnerstag im Kammerauschuß, die gegen Deutschland näher rückende Bolschewiken-Gefahr werde von den Alliierten nicht verleugnet, möglicherweise werde man früheren Friedensverhandlungen zustimmen.

Grauerregende Morde der Bolschewiken.

Riga, 31. Januar. Der Pressebeirat der Deutschen Gesandtschaft bei den Regierungen Lettlands und Estlands teilt mit:

Gegenüber den Ideallisten und Schwärmern, die in Deutschland immer noch die Grundzüge der bolschewistischen Bewegung verkennen und glauben, ihr als einer geistigen Bewegung gerecht werden zu können und zu müssen, dürfte ein Bericht interessieren, den ein Dorpatier Arzt Dr. Wolfgang von Neher, über die Ergebnisse der letzten Morde erstattet hat, die die Bolschewiken vor dem Aufbruch Dorpats verübt haben. Während am Vormittag des 14. Januar die eifrischen Truppen bereits in die Stadt einrückten, trieben die Bolschewiken im Gebäude der Kreditbank 23 Verhaftete in den Keller, wo sie getötet wurden. Dr. von Neher hat als Arzt gegen ein Uhr mittags die noch warmen Leichen sehen dürfen, und er berichtet über seine Eindrücke folgendes:

Mit einer Lampe lud er Hand, ging ich bis an das Ende des ungefähr zehn Schritte langen Kellerraumes, wo sich zur linken Hand ein gewölbter Bogen befand — der Eingang zu einem etwa acht Schritte langen und fünf Schritte breiten dunklen Kellerloch, in das man nur gebeugt gelangen konnte. — Der Anblick war grauerregend. Der Boden des ganzen Raumes war bedeckt mit übereinanderliegenden Leichen in den unnatürlichen Stellungen, wie sie nur plötzlicher, gewalttätiger Tod hervorbringen kann. Mehr zur Mitte zu lagen die Leichen in drei Schichten übereinander, alle nur mit Unterwäsche bekleidet. Fast alle wiesen Kopfschüsse auf, die sie offenbar aus allernächster Entfernung erhalten hatten, da bei einzelnen die Schädel total zerstört waren. Ich zählte 23 Leichen.

Wie sich die grauenhaften Vorgänge im Keller abgespielt haben, wird niemals authentisch festgestellt werden können. Nach dem Befunde müssen sich die Hinrichtungen folgendermaßen abgespielt haben: Nachdem die Schergen ihr Opfer aus dem Gefangenenslokal in den Keller gebracht hatten, wurde es offenbar aus dem hinteren Kellerloch geführt, hineingestoßen und vom Eingange aus niedergeschossen. Ein Vorgang von teuflischer Rohheit! Während das erste Opfer vielleicht noch ahnungslos den Kellerwinkel betrat, wurden die weiteren einfach auf die Leichen der schon hingeschlachteten draufgehoben und dann niedergestürzt. Die Vorgänge können sich nicht anders abgespielt haben, denn die Stirnwunden und das Blut an den Wänden beweisen, daß die Unglücklichen in demselben Raume abgeschlachtet worden sind, in dem ich ihre Leichen vorfand. In dem Vorraum waren keine Spuren einer Bluttat zu finden.

Verstaatlichung des Verkehrswesens!

Von H. Riegler.

Seit den November-Revolutionstagen beschäftigt die Sozialisierungsfrage die öffentliche Meinung sehr stark, und in Halle und Jülich sind Vorschläge laut geworden, wie die Sozialisierung eingeführt werden kann, welche Industrien reif seien usw. Je allgemeiner diese Vorschläge gehalten werden, desto weniger brauchbar waren sie meist. Wenn auch die Regierung alsbald eine Sozialisierungskommission einsetzte, so war doch die Tatsache, daß man in der Öffentlichkeit wenig oder gar nichts von ihrer Tätigkeit hörte, mit am allermeisten Schuld daran, daß die nervös überreizte Arbeiterschaft in dem Drang, die Sozialisierung möglichst beschleunigt durchzuführen, sich zu sogenannten „wilden Sozialisierungsversuchen“ hinreißen ließ, ein Versehen, dem die Reichsregierung mit ihrer Verordnung über die Einsetzung von Reichsbevollmächtigten für die einzelnen Berggebiete vom 18. Januar prompt antwortete; sonst wäre sicherlich eine noch längere Periode unseres Wirtschaftslebens zu erwarten, als sie die verflochtenen drei Monate darstellten.

Fast gleichzeitig wird laut „Freiheit“ vom Volksrat von Groß-Berlin ein Antrag gestellt, die mit Recht weitestgehendes Interesse für sich verlangt. Der Volksrat beauftragt seinen kommunalen Ausschuß, auf das schnellste vorbereitende Schritte zu tun, die Große Berliner Straßenbahn und die Hoch- und Untergrundbahn in das Eigentum der Kommunen zu überführen und unter die demokratische Kontrolle der Kommunalbehörden und der zuständigen Instanzen zu stellen.

Bestandteil wird dieser Antrag mit den wichtigsten Verkehrsverhältnissen, den fortgesetzten und auch jetzt wieder infolge der letzten Lohnforderungen bevorstehenden Tarifverhandlungen u. a. mehr, was alles durch die Ueberführung zum mindesten gebessert werden soll.

Zunächst scheint es, als ob den Gesellschaftern der betreffenden Bahnen eine große Sorge genommen ist: Die Lohnerhöhungen, die verkürzte Arbeitszeit, die Verteuerung der Rohstoff- und Betriebskosten brauchen durch sie nicht mehr gedeckt zu werden, das alles wird Sache anderer werden. Außerdem können diese Gesellschaften damit rechnen, auf Grund des äußerst korrekten und mäßigen Eingreifens des Volksgesetzes eine wohlentprechende Abfindung für ihre Kapitalien zu erhalten. Wird es soweit kommen?

Die Kommunen selbst, die den ganzen Krieg über eine ungemein starke finanzielle Belastung auszuhalten hatten, erhalten durch den Betrieb der Bahnen die Möglichkeit, unter Umständen eine Ueberführungswirtschaft zu betreiben. Wie weit diese gehen darf und wie die Fortführung des Betriebes gedacht ist, sind Fragen, die von der Natur der Unternehmungen als öffentliche Verkehrsrichtungen abhängen.

Jedenfalls ist der Anfang gemacht, gewerbliche Anstalten, die im Interesse der Allgemeinheit, in Betätigung des fiskulativen Aufgabenkreises und zur besseren Durchführung der Gemeindegewerke betrieben werden, in die Hände der Gemeinden zu übergeben. Gasanstalten, Elektrizitäts-, Wasserwerke, Stadtbahnen, Betriebe zur öffentlichen Beleuchtung, der Straßenreinigung, des Feuerlöschwesens kommen hierfür in Betracht.

Am meisten aber wird durch eine derartige Vergeßenschaft dem das Wirtschaftsleben heute schädigenden Sozialismus gesteuert! Hier ist die einzige Gelegenheit, um auszuprobieren, auf Grund welcher Methoden das Privateigentum und die Privatbetriebe übernommen werden können, und wie die Fortführung des Betriebes sonst in technischer wie in wirtschaftlicher Hinsicht sich am besten bewerkstelligen läßt. Man ist versucht, die Verstaatlichung ein Vor- oder Uebergangsstadium zum Sozialismus zu nennen, hauptsächlich weil es sich dabei um Objekte unserer Zukunftswirtschaft handeln kann. Wir setzen damit unsere Gesamtwirtschaft, die auf Auslandsverkehr so dringend angewiesen ist, nicht gewagten Sozialisierungsversuchen oder gar — wie im Falle des Essener Arbeiter- und Soldatenrates — eigenmächtigen und überaus schädlichen Eingriffen von unberufenen und nicht genügend orientierten Seite schonungslos aus. Die Umsetzung des Antrags des Groß-Berliner Volksgesetzes in die Wirklichkeit bedeutet den ersten richtigen Schritt zum praktischen Sozialismus.

Aus dem Wirtschaftsleben.

Berlin, 31. Januar. Hier geht man jetzt genauer vor bei Aufstellung der Erwerbslosenunterstützung. Die Erwerbslosen müssen jede ihnen zugewiesene Arbeit übernehmen, für die sie körperlich geeignet sind. In mehreren hundert Fällen wurde bereits die Auszahlung verweigert.

Berlin, 31. Januar. Der durch Arbeitseinstellung und verminderte Arbeitsleistung entstandene Kapitalverlust im Oberhessischen Industrie-Revier seit Ausbruch der Revolution wird auf rund 275 Millionen Mark beziffert. Der Wert der in dieser Zeit weniger geförderten Kohle auf 130 bis 150 Millionen.

Politische Tageschau.

— Mühle und Kompanie verhaftet. Vom Arbeiter- und Soldatenrat Pirna wird mitgeteilt, daß der frühere Reichstagsabgeordnete Mühle und viele andere Kommunisten verhaftet worden sind. — (Mühle war schon einmal verhaftet und wieder freigelassen worden.)

— Wo ist Radek? Die Nachforschungen über den Aufenthalt des Bolschewistenführers Radek haben bis jetzt noch keinen Erfolg gehabt. Die Vereinigung zur Bekämpfung des Bolschewismus hat für die Ergreifung Radeks oder für Angaben, welche zu seiner Festnahme führen können, eine Belohnung von zehntausend Mark ausgesetzt. Alle mündlichen oder schriftlichen Angaben sind an die Geschäftsstelle der Vereinigung Berlin W. 9, Schellingstraße 2, zu richten.

— Radek in Braunschweig? Von besonderer Seite wird uns aus Braunschweig gedrahlet, daß sich auf dem dortigen Schloß eine funkentelegraphische Station befindet und in der Wohnung eines der

Hauptführer der dortigen Bewegung Waffen. Bis jetzt haben die dortigen Spartakisten zehn Panzerautos, fünf Flugzeugbesatzungen und 4000 Mann zur Verfügung. Radek befindet sich unter dem Namen Schönlid in der Gegend von Braunschweig.

— Ein Anschlag auf die Nationalversammlung? Vor einigen Tagen wurde in Berlin das Gerücht verbreitet, daß die Spartakisten sich des Theaters in Weimar, darin die Nationalversammlung tagen sollte, bemächtigt habe. Dieses Gerücht hat sich nicht bewahrheitet. Nunmehr wird über telegraphiert, von der Regierung werde ein Anschlag seitens Spartakisten auf die Nationalversammlung geredet. Abwehrmaßnahmen sind bereits getroffen.

— Eine Milliarde Steuern. Wie wir erfahren, befaßt sich das Reichsfinanzamt mit der Vorbereitung einer Anzahl Steuerentwürfe an die Nationalversammlung. Nach unseren Informationen leben die neuen Steuern jährliche Mehreinnahmen von rund einer Milliarde Mark vor.

— Der Fuhrer für die Beamten. Der letzte Sitzungsbericht des Zentralrates der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte teilt unter anderem den Beschluß mit, über die Ergreifung reaktionärer Beamte durch andere, vom freiheitlichen Geist durchdrungene Persönlichkeiten mit den Volksbeauftragten Rücksprache zu nehmen. Mit anderen Worten heißt das, daß der Zentralrat nunmehr den Zeitpunkt für gekommen erachtet, sich denjenigen Beamten zu entziehen, die es auch nach dem 9. November für ihre vaterländische Pflicht gehalten haben, im Amte zu bleiben, um der sozialistischen Regierung wenigstens in den behördlichen Dienststellen einen gewissen Rückhalt zu geben. Schon vor den Wahlen wurde bekannt, daß die Regierung beabsichtigt, die Unabsetzbarkeit der Beamten aufzuheben. Selbstverständlich wurde dies amtlicherseits sofort bestritten, um nicht der Beamtenstimmen verlustig zu gehen. Jetzt bestätigt der Beschluß des Zentralrates die Wahrheit der damaligen Nachrichten. Denn wenn es auch heißt, daß nur die „reaktionären Beamten“ ersetzt werden sollen, so wird es ein Leichtes sein, diesen Begriff fauschhaftig auszudehnen, um auch jeder mißliebigen Beamten zu befehlen, auch wenn er sein ganzes Leben bisher dem Vaterlande oder dem Staat gewidmet hat. Andererseits wird es aber auch genügend Beamte geben, die es nicht mehr mit ihrer Pflicht vereinbaren können, noch länger an der augenblicklichen Mißwirtschaft in irgendeiner Weise beteiligt zu sein.

Locales und Provinzielles.

Köln, den 3. Februar 1919.
Zum 4. Februar: Sonnenaufgang 7.41, Sonnenuntergang 4.46. — Mondaufgang 8.26, Monduntergang 9.54.

Wetter.

Trocken, vorwiegend heiter, frische Winde, strenger Frost.

— Schornsteinbrand. Ein Schornsteinbrand auf dem Grundstück Mühlentorstraße 44, der großen Rauch entwickelte und das ganze Haus verqualmte, veranlaßte Sonntag abend halb nach sieben Uhr eine Alarmierung der Feuerwehr, die aber nicht in Tätigkeit treten brauchte, da das Feuer von Hausbewohnern und herbeigeeilten Hilfspersonen alsbald gelöscht und eine weitere Gefahr nicht vorlag.

— Wiedereinstellung von Angestellten. Von außerordentlicher Wichtigkeit für die aus dem Kriege zurückgekehrten Angestellten ist eine Verordnung, der Reichsregierung vom 24. Januar 1919, die als gesetzliche Pflicht die Wiedereinstellung von Angestellten und Beurlaubten bestimmt, die bei Kriegesbeginn bei einem Arbeitgeber beschäftigt waren. Sie bezieht sich rückwirkend auf die damals aktiv Dienenden und vorwiegend auf die später unmittelbar von ihrer Arbeitsstelle zum Heere Einberufenen. Dieses Anrecht erlischt jedoch am Freitag, den 7. Februar dieses Jahres. Derjenige Angestellte, der also nicht sofort seinen Anspruch geltend macht, hat ihn alsdann verwirkt. Entlassen werden können die Wiedereingestellten erst im dritten Monat, der auf den Monat der Wiedereinstellung folgt. Entlohnung müssen Angestellte und auch Beurlaubte werden — das ist das Besondere für die Prinzipalität — in einer Weise, als ob sie mittlerweile ihren Posten nicht verlassen und die allgemeine Aufbesserungen der Inhaber ihrer Posten selber miterlebt hätten. Der Raum verbietet es, auf die 21 Paragraphen des für Köln tief einschneidenden Gesetzes einzugehen. Ueber seinen Inhalt gibt die Fürsorge- und Beratungsstelle des Arbeitervereins für die Arbeitervereine Köln, Gerberstr. 18 Fernruf 419, Auskunft.

— i. Vorbereitungen zu den Kommunalwahlen. Nachdem zwei Wahlschlachten bereits geschlagen sind, steht nun in einigen Wochen die dritte Wahlschlacht, denn an einem der nächsten Sonntage werden die Neuwahlen für das Stadtparlament erfolgen, die bis spätestens zum 2. März dieses Jahres stattfinden haben. Diesmal treten bei den Kommunalwahlen

ganz andere Bedingungen in Kraft wie bisher. Die Wahl ist die Wahlordnung für die vorstehende preussische Landesversammlung mit der Wahlordnung anzuwenden, das an Stelle des Wahlkommissionars der in den Gemeindevertretungen festgesetzte Wahlvorstand oder die Wahlkommission tritt. Bei der Wahlordnung sind die Bestimmungen der preussischen Landesversammlung des 2. dieser Verordnung über die Dauer und Begriff des Wohnsitzes gelten für die erstmalige Wahl nicht. Für die späteren Wahlen wird das Wahlverfahren auf der Grundlage der gegenwärtigen Wahlordnung durch eine besondere Wahlordnung geregelt, welche das Ministerium des Innern erläßt. Bei der erstmaligen Wahl werden Wahlbezirke nicht gebildet. Für die weiteren Wahlen können durch Ortsstatut Wahlbezirke geschaffen werden.

Im Köllner Stadtparlament haben bisher 30 Vertreter der Bürgerschaft, und die Gemeindevertretung wurde alle zwei Jahre durch Neuwahlen auf ein Drittel erneuert. Da der Hausbesitz eine starke Vorherrschaft hatte, so ist es tatsächlich zweifelhaft, ob die bisherige Zusammensetzung des Stadtparlamentes eine Vertretung aller Kreise der Bürgerschaft in sich bildet. Ebenso ist es aber auch zweifelhaft, ob das Verhältniswahlsystem, das jetzt zum ersten Male bei den Gemeindevertretungswahlen unter Wegfall des Hausbesitzes und des Beamten-Privilegs angewendet wird, eine Vertretung aller Kreise der Bürgerschaft im Stadtparlament bringen wird, besonders wenn man berücksichtigt, daß diesmal Personen (Soldaten) mitwählen dürfen, die gar nicht ihren Wohnsitz in Köln haben. Die Liste, die die meisten Stimmen auf sich vereinigt, entsendet die meisten Vertreter in die Gemeindevertretung. Es kann also ein gewisser Verunsicherung, der eine eigene Kandidatenliste einreicht, ohne die genügende Stimmenzahl aufzubringen, bei der Verteilung der Zahl der gewählten Stadtverordneten vollständig ausfallen. Es ist deshalb notwendig, um Zersplitterungen zu vermeiden, daß nicht Listen von Vereinigungen eingereicht werden, die keine Aussicht auf einen Wahlerfolg haben, und daß kleine Vereine, die gern einen Vertreter im Stadtparlament haben wollen, bei der Aufstellung von Kandidatenlisten von vornherein mit anderen größeren Vereinen zusammengehen, wenn sie nicht verbundenen Listen den Vorrang geben wollten. Auch die Frauen, die zum ersten Male für das Gemeindeparlament mitwählen werden, müssen sich schlüssig werden, welcher Gruppe sie sich anschließen wollen.

Wenn man das Ergebnis der Preussischen Wahlen in Köln auf politische Angehörigkeit untersucht, und es ist wohl nicht anzuzweifeln, daß bei den bevorstehenden Kommunalwahlen auch die politischen Parteien aufmarschieren werden, und daß die Politik, die bisher vom Köllner Stadtparlament ferngehalten war, in die Gemeindevertretung hineingetragen wird, dann ergibt sich folgendes Bild: Von 12.807 Stimmen erhielten die Sozialdemokraten 5552, und die Unabhängigen 233, im ganzen 5785 Stimmen, die Demokraten 3909, Christliche Volkspartei 183, Deutsche Volkspartei 923 und die Deutschnationale Volkspartei 2008, im ganzen 7022 Stimmen.

Hieraus läßt sich wohl mit Bestimmtheit eine starke Vertretung der Sozialdemokratie im Stadtparlament in Aussicht stellen, und wenn auch das Bürgerrecht in der Mehrheit ist, so wird es doch darauf sehen müssen, daß in seinen Reihen Zersplitterungsbestrebungen unter allen Umständen vermieden werden müssen. Da die Interessen der Arbeiter und der Sozialdemokraten eine starke Stütze in dem Arbeiter- u. Soldatenrat haben, der zwar unparteiisch sein soll, aber doch eine einzelne politische Partei in ungehöriger Weise unterstützt, so ist es Pflicht für das Bürgerrecht, hier ein Gegengewicht zu schaffen. Dies kann aber nur durch einen Bürgererrat geschehen, wie solche in anderen Städten schon vielfach gegründet worden sind. Ein Bürgererrat würde die Interessen der Bürger vor Nachberräten der Arbeiter- und Soldatenräte zu schützen. Solch ein Bürgererrat hätte hier in Köln schon längst ins Leben gerufen sein müssen, denn namentlich bei den bevorstehenden Wahlen dürfte sich zum ersten Male bestimmt Gelegenheit geben, praktische Arbeit zum Schutze des Bürgerrechts zu leisten. Eine Einladung zur Gründung eines Bürgerrats wird von den verschiedenen Vereinsgruppen und Kreisen des Bürgerrechts sicher freudig aufgenommen werden.

Es ist aber keine Zeit mehr zu verlieren, die Sache hat Eile, denn die Wahlen müssen bis zum 2. März erledigt sein, und die Vorschläge müssen bereits bis zum 9. Februar 1919 eingebracht sein. Es sind also kaum zwei Wochen mehr übrig. Die Sozialdemokratie wird mit ihren Vorbereitungen sicher schon im Gange sein, deshalb schnell ans Werk. Die bekannte bürgerliche Saumseligkeit bei Wahlen dürfte sich sonst bitter rächen, wenn jetzt nicht auf bürgerlicher Seite mit den Vorbereitungen begonnen wird.

— Kolberg. Der Arbeiter- und Soldatenrat erstet folgenden Aufruf: Brüder! Unsere Kinder, Kranken und Verwundeten erziehen! — Ihr verurteilt sie zum elenden Tode. Arbeiter, denkt an unser Vaterland und unser Volk.

— Rügenwalde. Verschwunden. Der Kanonier Ernst North, geboren am 23. September 1896 zu Rügenwalde, zurzeit bis einschließlich 2. Februar Meist

Sein Erbe.

Roman aus dem russischen Leben.

Von Ernst Schroll. (S. Keller.)

Nachdruck verboten.

(81. Fortsetzung.)

Im nächsten Augenblick zog er seinen Rock aus, sprang ins Loch und rollte den mächtigen Feldstock mit geringer Anstrengung heraus.

„Wohin mit dem Stein?“ rief er jetzt glücklich lachend wie ein Kind, während der Gärtner haunend ihm zusah.

„Dort auf die Mauer, wenn Ihr es zwingt.“

„Und ob!“

Aber er ächzte doch, als er den Stein umfaßte und ihn, mit dem Körper unterstützend, auf den Zaun stellte.

„Ach, das war doch nicht so leicht, wie ich dachte!“

Und er schüttelte sich die Erde von den Kleidern.

„Gibt es noch so etwas Schwieriges zu tun, bei dem man seine Knochen und Arme spüren kann?“ fragte er jetzt mit begierigem Blinzeln seiner kleinen atmütigen Augen.

„Ja, dort soll nach der Schnur ein Graben aufgeworfen werden, und es führen die vielen Steine hin.“

Wenn Ihr etwas Besseres wollt — aber ich weiß nicht, was der Herr sagen wird“, war die etwas verlegene Antwort.

„Aber ich weiß. Her mit dem Grabhaken.“

Und der Fremde stieg in den angefangenen Graben und arbeitete, daß es eine Lust war.

Mittlerweile kam Alfred zurück und wunderte sich nicht wenig, den ungerufenen Arbeiter so tätig zu sehen.

Steine, die so groß waren, wie ein Menschenkopf, krachten wie Kessel an den Baum, und die kleineren lud er hurtig in den Schiefkarren.

„Wer seid Ihr?“ fragte Alfred, als seine fragende Miene vom Gärtner mit Achselzucken beantwortet wurde.

„Isaak“, war die Antwort, bei der aber der Arbeitende nicht innehielt und aus Verlegenheit Alfred nicht ansah.

„Wo kommst du her? Wo warst du die ganze Zeit?“ rief Alfred jetzt verwundert und trat freundlich näher, um ihm die Hand zu reichen.

Jetzt möchte ich nur wissen, ob ich hier mitarbeiten darf?“

„Gewiß, du drohstiger Kaul!“

„Du kommst wie gerufen hierher. Wir haben Arbeit genug auf mehrere Jahre, wenn du arbeiten willst und nicht —“

„Saufen!“ ergänzte Isaak leise und senkte den Kopf.

„Das wollte ich eben nicht sagen. Denke, wenn Sie zum Essen kommen, nehmen Sie unseren neuen Bechert mit.“

Damit wandte sich Alfred und ging ins Haus, wo die Wandwerker nur noch im Oberstock und an der Augenleiste zu tun hatten.

Alfred selbst wohnte fürs erste noch im kleinen Gärtnerhäuschen, das etwas abseits versteckt am Obstgarten lag.

Der Fuhrboden der Zimmer war gestrichen und ein Teil der neuen Möbel stand noch in Matten verpackt im Schuppen.

Auf Schritt und Tritt stieß Alfred auf Arbeit, die bald geschehen sollte.

Aber es machte ihn nicht ungeduldig, sondern er ging trotz seines eigenen heftigen Mitangehens oft umher in stillem, glücklichen Sinnen, wie ein Bräutigam.

Denn die letzten Briefe von der Schwiegermutter atmeten eine andere Luft wie früher; sie ließ ihn zwischen den Zeilen lesen, daß ein gewaltiger Umbruch in seinen Ganten sich im Hause vollzogen habe, sie demnach die besten Hoffnungen für die nächste Zukunft hege.

Daß Jenza in ihrer Abwesenheit seine Briefe an die Mutter gefunden und nachher auch dem Vater zum Lesen gegeben, das habe durchschlagend gewirkt.

Darum hoffte Alfred härter und froher als früher auf eine baldige Vereinigung mit Jenza. Und daß es diesmal ihr besser gefallen würde an seiner Seite, dafür war er jetzt.

Denn er selbst war innerlich anders geworden, und auch ihr neues Heim mußte sie gewiß mehr ansprechen, als die fremde, öde Steppe.

Wie annutta war doch hier die Weid? Dort hatte sie ja geklagt, die Steppe sei gar keine Weid.

Wie ganz anders nahm sich dieses stattliche Haus in hübscher Lage aus! Wie allerliebt konnte hier bald der Garten werden, der jetzt schon mirlich schattig

Dort führte eine moosige Steintreppe hinauf zum Hofe, an deren Seiten die Mauer mit Eisen rankt war.

Wie würde sich Jenza über solch ein „romantisches Plätzchen“ freuen!

Nicht wahr auf die nächste walbige Höhe, so hatte man nach Osten einen köstlichen Ausblick auf eine weite Hochebene, die, von der Eisenbahn und dem Fluße durchschnitten, sich bis in die blauen Berge der Talausdehnte.

Schlug man die entgegengesetzte Richtung ein, so brauchte man nur durch eine flache Stelle des Flusses zu reiten, und man traf auf dem anderen Ufer einen bequemen Weg, der in sanftem Abfall und ammutiger Abwechslung nach dem etwa vier West entfernten Meere führte.

Zur Stadt konnte man entweder die nahe Eisenbahn benutzen, oder hatte etwa zehn West auf Landwegen zu machen, um dann ebensoviel auf der Chaussee zurücklegen zu können, die von Sebestopol nach Simferopol führt.

Nach dem einfachen Mittagsmahl, das Alfred mit dem Gärtner und Isaak einnahm, ging er mit letzterem, eine Biarre rauchend, in dem höher gelegenen Teil der Besorgung nach.

„Also, wie ich damals fort bin“, erzählte Isaak jetzt, „ging ich nach Simferopol und suchte Arbeit.“

„Lange schien es unkonst, dann ging ich hinaus auf die Talausdehnte Chaussee und habe Steine geklopft.“

„Aber Isaak!“

„Ja, erstens wollte ich etwas verdienen von dem großen Schaden, den ich dir gemacht, und dann mußte ich mir mein Brot verdienen. Aber es war saure Arbeit das. Habe oft gefloren und geschwitzt, schlief und gemeint dabei.“

„Von dem Verdienen jenes Schadens soll heute zum letztenmal zwischen uns die Rede gewesen sein“, sagte Alfred ernsthaft.

„Wer weiß, ob Gott die ganze Sache nicht so hat zugelassen, damit ich gedemütigt würde und wieder aufstae zu treten. Und dir hat diese Erfahrung auch nur dienen sollen.“

„Nun, dann habe ich noch eine Bitte. Ich will hier bleiben und arbeiten, so gut ich kann und solange Sie mich dulden — aber mit dem „du“ muß es aus sein zwischen uns.“

... und hier herüber, ist seit dem 26. dieses Monats ...

Legung der Berliner Industrie. — Die Papierdruckerei in den letzten Tagen. — Die Faulheit steigt.

Und als wir dann kehrten, von Korbart gefandt, Da ging ein Schlochen durchs deutsche Land!

Witow. Kandidaten für die Stadtverordnetenwahl. In seiner Sitzung am Freitag stellte der sozialdemokratische Wahlverein die Kandidaten für die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen auf; unter diesen befinden sich ein Schriftsteller, ein landwirtschaftlicher Inspektor, ein Kreisbauinspektor, fünf Beamte, sieben Arbeiter und Privatangehörige, vier Geschäftsinhaber, sowie 4 Frauen, und zwar eine Hausfrau, eine Krankenpflegerin, eine Bäckermeisterfrau und eine Hausfrau. Die Kandidaten gehören keineswegs alle der sozialdemokratischen Partei an, sondern sie sind aus gemischten Gründen in die Kandidatenliste aufgenommen worden, weil es Leute sind, von denen man weiß, daß sie die allgemeinen Interessen vertreten.

Witow. 180 Schulkinder geprüft. Von dem hiesigen Arbeiter- und Soldatenrat waren 180 Schulkinder zu einem Kostfleissschein eingeladen, zu dem 30 Pfund Fleisch und zwei Berliner Kartoffeln zur Verfügung gestellt waren. Die Leitung bei der Speisung, die demnächst wiederholt werden soll, hatte Rektor Labunde, das Abkochen das Nagerkommando übernommen. — Zwei Förster erschossen. Bei Erfüllung ihrer Dienstpflichten wurden in der Nähe von Gollubn (Oberförsterei Lorenz) die Förster Steffen aus Engershütte und Lipke aus Eibenrode erschossen. Während Steffen durch Kopfschuß sofort tot war, erlag Lipke erst nach einiger Zeit seiner erlittenen schweren Verletzung. Förster Steffen war erst vor einigen Wochen aus dem Felde nach vierjährigem Kampfe heil zurückgekehrt. Er hinterläßt seine Frau mit fünf unversorgten Kindern, die Täter sind noch nicht ermittelt.

Drumburg. Eisenbahnunglück. Auf dem Bahnhof Senkenhagen bei Ruhnow fuhr ein Zug mit russischen Waggons auf den im Bahnhof stehenden Personenzug 581, wodurch mehrere Waggons beschädigt wurden, ein Reisender des Personenzuges getötet, drei schwer und sieben leicht verletzt.

Labes. Eine verunglückte Hamsterfahrt. Einem Berliner Schlechtwägen wurden auf dem hiesigen Bahnhof ein geschlachtetes Schwein, eine Gans und 24 Pfund Butter beschlagnahmt. Er will seine Einkünfte in Klein-Radow für tausend Mark bewirkt haben. — Auf dem Eise eingebrochen. Im Döbrißsee ertrunken ist der zwölfjährige Sohn des Lehrers Franzisch aus Neufchweibin, der in Abwesenheit der Eltern die dünne Eisdecke betrat.

Falkenburg. Von der Wahl. Im ersten Falkenburger Wahlbezirk fand sich beim Öffnen eines Umschlages außer dem Wahlzettel ein Zettel mit folgenden Zeilen vor: „Kaiser Wilhelm, doch sollst du leben! Dir nur allein möchte ich meine Stimme geben. Wie schön wars doch im deutschen Land, als es regiert von deiner Hand! Vergessens such ich nach Erfüllung heutiger Worte, die man hört an jedem Versammlungsorte. „Das muß anders werden!“ hört man es klagen, und wie oft hört man von Gleichheit und Freiheit singen. O ihr Tugenden! — wenn Ihr so sehet aus, lebt wohl! — dann wandere ich heut noch aus. — Wie war doch früher alles so zufrieden. — Jetzt fühlt man es; damals war der Himmel hienieden. Kaiser Wilhelm, es wird nicht nur auf dich gehet; Kirche, Religion, den Herrgott hat man abgesetzt. Du und ich wir wollen weiter an sie glauben, und uns nicht den letzten Trost noch rauben. Wenn es auch scheint, als ob das Edle, Gute untergeht. Wir werden merken, daß trotz Pandaranaten und Waffen Gott noch besteht. Mein Kaiser! Da mein Wunsch ja nicht erfüllt werden kann, wähle ich einen von der Völk. Wen? Der beste ist wohl Mittelmann.“

Stargard. Aufgehobene Säuhhaft. In der Untersuchungsphase gegen den Volkereidirektor Neumann hat der hiesige Arbeiter- und Soldatenrat beschlossen, nunmehr, da eine Verhinderung der Vorkommnisse nicht mehr zu befürchten und eine Fluchtmöglichkeit bei den heutigen Verkehrsverhältnissen ausgeschlossen erscheint, die Säuhhaft gegen ihn aufzuheben.

Stettin. Stettin ohne Gas und Wasser. Donnerstag und teilweise auf Freitag war Stettin ohne Gas und Wasser. Grund zu dieser in das öffentliche Leben tief einschneidenden Katastrophe gaben Vorforderungen der Arbeiter der Gas- und Wasserwerke. Von den dort beschäftigten Handwerkern wurden 75 bis 85 Mark, von den nicht angelernten Handwerkern 65 bis 75 Mark, von den Arbeitern 60 bis 70 Mark und von dem übrigen Personal 30 bis 55 Mark Wochensohn verlangt. Eine von der Stadtverordnetenversammlung einberufene geheime Beratung der Stadtverordneten und des Magistrats führte zur Ablehnung der Forderungen, und daraufhin trat am Donnerstag in den ersten Nachmittagsstunden die gesamte Arbeiterschaft der städtischen Gas- und Wasserwerke in den Ausstand. Am Schluß der Beratungen teilte Oberbürgermeister Aldermann mit, daß ein Einigungsantrag eingegangen sei, demzufolge die Stadtverordnetenversammlung ersucht wird, mit rückwirkender Kraft vom 24. Dezember 1918 und geltend bis zum 31. März 1919 den gelernten, angelernten und ungelerten Arbeitern, soweit sie bei der Gas- und Wasserwerken beschäftigt sind, die geforderten Löhne zu bewilligen. Ueber die Forderungen anderer Gruppen soll in vierzehn Tagen endgültig Beschluß gefaßt werden. Die Versammlung nahm den Vergleichsvorschlag an unter der Bedingung, daß die Arbeit sofort wieder aufgenommen werden soll. Die Arbeitervertreter haben sich mit dem Beschluß der Stadtverordneten einverstanden erklärt, und am Freitag Morgen wurde die Arbeit auf der Gas- und Wasserwerken denn auch im vollen Umfange wieder aufgenommen.

Greifswald. Konflikt mit dem Arbeiter- und Soldatenrat. In einem ersten Konflikt zwischen dem Arbeiter- und Soldatenrat und der Beamtenschaft ist hier in den letzten Tagen gekommen. Das dritte Bataillon des Infanterie-Regiments Nr. 42 hatte mit künigendem Spiel seinen Einzug in die alte Garnisonstadt gehalten, wobei es auch einen Paradezug ausführte und zum Schluß das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ anstimmte. Einen Empfang durch den Arbeiter- und Soldatenrat hatte der Bataillonkommandeur sich verboten. Das hatte den Willen des Arbeiter- und Soldatenrats erregt, weshalb man beschloß, als Protest dagegen am anderen Tage auf allen öffentlichen Gebäuden die rote Flagge zu hissen. Die Postbeamten haben dann am Mittwoch zum Protest gegen diese Vergewaltigung ihre Arbeit eingestellt, und auch die Ärzte in den Kliniken stellten ihre Tätigkeit vorläufig ein. Wie der Vertreter Greifswalds auf der Konferenz der Arbeiter- und Soldatenräte in Stettin mitteilte, haben die Streikenden nach Verhandlungen mit den vorgegeben Behörden ihre Tätigkeit bereits wieder aufgenommen. Der Arbeiter- und Soldatenrat hatte seinen Beschluß auf Stillung der Fahnen dagegen aufrechterhalten, der nun am Donnerstag zur Ausführung kommen sollte. Wie jedoch gemeldet wird, ist die Stillung der roten Fahnen unterblieben, und auch am Freitag sind die öffentlichen Gebäude nicht besetzt worden. Damit ist also zum offenen Bruch mit dem Arbeiter- und Soldatenrat gekommen.

Berliner Brief.

Der Fluß der Revolution. — Keine Aube. — Der Kampf um die Beschließung. — Auch noch Milchstreik? — Nachbreits und Streikfolgen. — Übermaß die

Das ist der Fluß der bösen Revolution, daß sie fortwährend böse Unruhe muß gebären! Es gibt nichts in Berlin, was sich noch in Ruhe und Sammlung vollziehen kann. Raum haben wir die Freiwahlen hinter uns, so hebt ein wildes Toben um die Befehlsgewalt bei den Truppenteilen an. Den Soldatenräten, diesen Hauptbakterienträgern des Umsturzes ohne Abschluß, ist der Kampf wieder gewaltig geschwollen. Sie tagen unentwegt bis zum Morgen in ihren Konferenzsälen und verurteilen die Regierung, den Kriegsminister und ihren Völkern in Grund und Boden. In der Vollversammlung der Soldatenräte des 3. Armeekorps stellte man den Oberkommandierenden Genossen Roske als abtrünnigen Sozialdemokraten, als bürgerlich gewordene Milizenbesitzer, als einen „Ludendorff“ hin, und forderte seine und des Kriegsministers, sowie Völkers Entlassung. Und welchen sie nicht willig, so will man Gewalt brauchen; die Räte erklärten die Verordnung über die Kommandogewalt für null und nichtig und verkündeten als ihren festen Entschluß, der Regierung keine Gefolgschaft mehr zu leisten, wenn die Verordnung bestehen bleibe.

Inzwischen hat der Deutsche Offizierbund in der Pflanzgarten ebenfalls, von seinem Standpunkt, an der Neuordnung der Kommandogewalt, des Grades und der Gradabzeichen, die Roske lediglich als eine „Schneidefrage“ bezeichnet hat, scharf Stellung genommen. Den Offizieren genügt der Entschluß in keiner Weise. Man führte aus, daß dieser den Wiederaufbau eines Heeres mit einiger Disziplin unmöglich mache. Welcher Offizier könnte noch Lust haben, dem „altbewährten Pflichtenführer“, an das sich jetzt bei den Diktatoren des Vaterlandes auch die andere Seite immer wieder wendet, nachzugeben, Dienst zu tun, wenn 18 bis 20-jährige Rekruten in seine Disziplinärstrafkammer drein reden, ihn überwachen dürfen. Daß die Abschüsse fallen sollen, empfindet man als eine besondere Kränkung in Erinnerung an die Schmach vom 9. November, als unreife Burichen, Deserteure, den Offizieren die Abschlüsse auf offener Straße abstrunkten. Es sei Ehrensache für den Offizier, seine Gradabzeichen nicht als eine belanglose Kleiderfrage behandeln zu lassen. Und letzten Endes kamen gar einige der Offiziere zu der jetzt so beliebten ultima ratio, der Streikandrohung für den Fall, daß man nicht nachgäbe, und dem einstmalig vornehmsten Mode, dem des Königs, sein ehrenvolles Abzeichen vorzuziehen.

Ja, der Streik, die Drohung mit ihm, beherrscht Berlin andauernd in all seinen „Geleisern“, auch dem wirtschaftlichen. Am Schneefeld dieser letzten Panoptik erscheint plötzlich die düstere Wolke eines Milchstreiks. Milchhändler- und Bäcker liegen im schweren, leidenschaftlichen Kampf mit der Fettehülle Groß-Berlins. Sie verlangen eine Erhöhung der „Verdienstzinsen“ — so nennt man jetzt schäblicherweise das revolutionäre, ruckhafte Vorrücken der Feuerungsstraße — um drei und zwei Pfennige für den Liter und drohen mit Einstellung der Milchlieferung, falls man kein Jaat. Die Fettehülle aber will nicht vor dem Gewerbegericht verhandeln, da dies nur einzelne Arbeitnehmer und Arbeitgeber, nicht aber für Behörden zuständig sei und meint, selbst ein Milchstreik dürfte nicht allzu schlimm werden, da von der Fettehülle Vorkerkungen getroffen seien, um in diesem Fall die für die Kinder notwendige Milch auf anderem Wege sicher zu stellen. Schließlich ist das Kriebsernährungsamt in der Milchstreikfrage auf dem Plane erschienen; es will darüber in den nächsten Tagen von sich aus entscheiden (was wiederum die andere Seite nicht zulassen will) und stellt fernerhand eine Verstaatlichung der Berliner Milchverorgung in Aussicht, falls der Milchhandel an übermäßiger Steigerung der Aufschläge festhält. So möchte uns denn aus der unkommoden Denkmalsart der Milchleute am Ende die Gemeindemilch als erste Sozialisierungsmaßnahme fix und fertigt zu, sozusagen aus dem Stearist, ehe noch die seit Wochen vergeblich ergebende Sozialisierungs-Kommission der Regierung ihr erstes Experiment gewagt hätte?

Selbst wenn wir einen Streik schon abgetan glaubten, lebt er in irgend einer Form wieder auf: die Straßenbahnen haben ihre Forderungen durchgesetzt; jetzt drohen sie mit einem Sympathiestreik zugunsten der technischen Angestellten der Großen Berliner, die ebenfalls mehr haben wollen. Und die Keller haben es mit ihrem Streikfeldzug dahin gebracht, daß jetzt die Wertpreise noch weiter erhöht werden. Wie üblich, sagen die Gutmüthigen: Zum Ausgleich! Bezahle, Bürger, und schimpfe nicht!

Ein weiterer Streik droht von den Bankangestellten. Sie erklären, unsere Großbanken seien ausschließlich geblieben in ihren Gehaltszahlungen während der ganzen Feuerungszeit. Milchstreikmüde aber stellen selbst die roten Beglückungsblätter als sicher schon für Ende dieser Woche in Aussicht, daß nämlich Berlins Industrie völlig stillgelegt wird, wenn sich die Kohlenzufuhr aus Oberschlesien nicht aufhaltend und erheblich verstärkt. Nur für wenige Tage habe man noch Kohlenvorrat für Licht und Kraft. Berlin bei Nacht wie bei Tage würde damit erledigt sein. Die jetzt eingeführte Gasbeserve war nur ein schwaches Vorzeichen dessen, was uns dann blühen wird. Dabei will trotz aller Ermahnungen kein Berliner Arbeiter heraus in die Bergbaubetriebe, auch nicht in die landwirtschaftlichen; man hat hier ja die netten Erwerbslosenunterstützungsgelder. Die Faulheit steigt — restlos, worüber Berlin dann zu Grunde gehen mag. Auch geschick!

Denn schon kündigten die Arbeiter der Reichsdruckerei an, daß die Papierdruckerei stillstehen müssen, wenn nicht Kohle gefördert wird. Und die Stadt Berlin, die im Kriege 888 Millionen Schulden gemacht hat, will nun 400 Millionen Anleihe aufnehmen. Woher nehmen und nicht bolschewistisch stehlen? Den Terror der Maschinengewehre nach Bolschewistik sind wir los, einen Bolschewistikfall in Bezug auf Entwertung und Verpulverung des Geldes gehen wir entgegen. Hemmungslös, wenn uns nicht etwa aus dem Neuland der Nationalversammlung ein Reter erwächst. Noch am Grabe pflanzt der Berliner die Hoffnung auf, der national gerichtete. Darf der nicht wenigstens aus dem Ausfall der Wahlen den Mut ableiten, den Kopf hoch zu behalten, selbst in dieser Zeit des Wirralls ohneaussehen? O Wunder aller Wunder, wenn es denn doch noch zu einer Art Aufstiegs käme aus diesen tiefsten Niederungen!

Vermischtes.

Ann brauset, ihr Stürme!

Nun brauset, ihr Stürme, von Land zu Land, Ueber des deutschen Rheines heissen Strand! In der Ferne lüfte, du wilde Schar, Den Mann, der des Landes Vater war!

Und hast ihr gefunden, so hemmt die Gewalt, und leise umrauscht die Dumbergehall: Von deutschen Ränden kommen wir her, Wir sind des Ruffhüners tobendes Heer!

In des Vergess jagennwobener Nacht Ist Dein An auf neue zum Leben erwacht, Er kann nicht mehr schlafen im Ruffhünerflos, Weil Du landfremd geworden und heimatlos.

Er rief uns: Ich höre die Raben schrein, Daß ein Zoller vertrieben ist über den Rhein; Sie krächzen ein seltsames Lied dabei, Ein Lied von zerbrochener, deutscher Treu!

Nun fragt, denn ihr sollt die Boten sein, Ob mehr das Lied des Ruffhüners schrein!

Das soll Dir ein Grus sein aus weiter Fern, Der soll Dir leuchten als himmlischer Stern, Der soll Dir sagen, daß doch nicht erzwai, Daß doch nicht zerbrochen die deutsche Treu!

So möge die Zeit nicht mehr ferne sein, Wo aus neue erklingt die Nacht am Rhein! Wo wir jubeln und jauchzen im Sonnenglanz: „Heil Dir, Du mein Kaiser, im Siegerkranz!“

Eva Rump.

Wätere Jünglinge. Von einem bemerkenswerten Vorgange berichtet die „Vossische Zeitung“ folgende: Der Sohn Karl Liebknechts besucht die Prima des Stetigler Gymnasiums. Nach den Sparatufsuruben erhoben sich Zweifel, ob der Neunzehnjährige, der auch der sozialistischen „Vorwärts“-Besetzung angehört hat, in die Schule wieder aufgenommen werden sollte. Ein Beschluß des Provinzial-Schulkollegiums ordnete die Wiederaufnahme des jungen Liebknecht an. Am Mittwoch vormittag meldete er sich während einer Unterrichtsstunde beim Klassenlehrer. Alle Plätze der Klasse waren besetzt. „Solen Sie sich einen Stuhl, bis wir Platz für Sie geschaffen haben!“ Auf diese Anordnung des Lehrers erhoben sich sämtliche acht Schüler und erklärten, alle acht Plätze seien frei, denn sie verließen die Klasse, wollten mit Liebknecht nicht zusammen unterrichtet werden. Der Direktor der Anstalt versuchte zu vermitteln, man müsse rein menschlich mit dem jungen Mann Mittel haben. Die Primaner blieben bei ihrer Weigerung: „Mit Mittellosen haben wir kein Mittel! Mit einem Mitschüler, der seit Mai vorigen Jahres aus der Schule fehlt, um sich staatsfeindlich zu betätigen, der mit Maschinen-gewehren auf unsere Väter und Brüder geschossen hat, wollen wir nicht mehr auf einer Bank sitzen.“ Alles Zureden half nichts; die Schüler wollen eine Erklärung ihrer Eltern beibringen, daß sie mit dem Vorgehen der Primaner einverstanden sind. Der junge Liebknecht hat vorläufig darauf verzichtet, am Unterricht teilzunehmen. Die Angelegenheit wird wohl, da die Schüler mit dem Streik drohen, noch das Kultusministerium beschäftigen; heißt es in dem Bericht der genannten Zeitung. Wahrscheinlich wird das Ministerium sich auf das Provinzial-Schulkollegium stützen und auch Mittel haben, so daß der Ausgang der Angelegenheit mit einiger Sicherheit vorausgesagt werden kann.

Paul Lindau gestorben. Paul Lindau ist am Freitag in seiner Wohnung im Grunewald im 80. Lebensjahre gestorben. Er litt seit einigen Tagen an schwerer Herzschwäche.

Schweres Eisenbahnunglück. Paris, 3. Februar. „Le Petit Journal“ meldet aus Treves: Auf dem Bahnhofe von Montreux fuhr ein Zug auf eine Gruppe von drei deutschen Lokomotiven auf. Drei Wagen wurden ineinander geschoben, bisher wurden 6 Tote und 18 Verwundete gemeldet.

4 1/2 Milliarden jährlich für Kriegsbeschädigte. Auf rund 4 1/2 Milliarden wird man die jährliche Rentenbelastung des Deutschen Reiches durch die Fürsorge für Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene u. w. einschätzen können. Es ist eine gewaltige Anforderung, die an die Leistungsfähigkeit des Reiches für lange Jahre gestellt wird. Wir wollen im Interesse der Kriegsbeschädigten hoffen, daß das Reich diese Last dauernd auf sich nehmen kann. Die Möglichkeit der Durchführung zu schaffen, ist heilige Pflicht aller Berufsstände, jedes Einzelnen. Die Wunden des Krieges müssen geheilt werden, aber nur die äußerste Kraft-Anstrengung des Reiches, die engste Zusammenarbeit aller Kriegsbeschädigtenorganisationen, das Vertrauen des einen zu dem anderen können die Not lindern. Unser Vaterland liegt in Trümmern, aber die Wunden der einzelnen existenzen unseres unbesiegt Heeres dürfen nicht ungeheilt bleiben!

Die Volksspende (Ludendorffspende). Die Volksspende für Kriegsbeschädigte ist in der letzten Zeit wiederholt Gegenstand von Besprechungen in Kreisversammlungen und bei KriegsbeschädigtenDemonstrationen gewesen. Mit Rücksicht auf die dabei aufgetretenen zum Teil irrigen Anschauungen über die Verwendung der Mittel der Volksspende hat uns der Reichsausschuß der am lichen Kriegsbeschädigtenfürsorge gebeten, folgende Klarstellung unseren Kameraden zur Kenntnis zu bringen:

1. Die Mittel der Volksspende für Kriegsbeschädigte (Ludendorffspende) sind nicht in Berlin aufgespeichert. Entsprechend dem bei der Sammlung von Anfang an verfolgten Grundfah sind die in jedem Bundesstaat bzw. jeder Provinz gesammelten Beträge dort verblieben. Ihre Verwaltung und Verwendung liegt dementsprechend in den Händen der bundesstaat- und provinziellen Hauptfürsorgeorganisationen der Kriegsbeschädigtenfürsorge, also in Preußen der Provinzialverwaltungen (Landeshauptleute), a hrrhalb Preußens regelmäßig in den Händen der Ministerien des Innern. Vielfach wirken bei dieser Verwaltung der Spendenmittel bereits Kriegsbeschädigte mit.

2. Reich und Staat haben bisher für die soziale Kriegsbeschädigtenfürsorge leider nur in sehr beschränktem Umfange Mittel aufwenden können. Die Hauptfürsorgeorganisationen der Kriegsbeschädigtenfürsorge sind daher bei ihrer sozialen Arbeit (Berufsberatung, Berufsausbildung, Arbeitsvermittlung, Heilfürsorge, Umsiedlung, Unterstützung usw.) finanziell wesentlich auf die Volksspende angewiesen. Die Mittel der Volksspende werden somit tagtäglich für die Kriegsbeschädigten verausgabt, Hunderttausende von Mark sind schon aufgewendet worden, und zwar handelt es sich nicht nur um die Zinsen, sondern auch um Teile des Kapitals selbst.

3. Anträge auf Unterstützung aus der Volksspende sind bei den genannten Hauptfürsorgeorganisationen der Kriegsbeschädigtenfürsorge und ihren örtlichen Fürsorgeauschüssen (Landrat, Bezirksamt, Magistrat usw.) zu stellen. Jedes andere Verfahren, insbesondere die Einreichung von Anträgen bei Berliner Zentralstellen, bedeutet nur Verzögerung. Entsprechende Anträge werden kostenlos von den Auskunftsstellen des Ruffhüner-Bundes oder der Auskunftszentrale in Berlin W. 50, Geisbergstraße 2, ausgearbeitet.

Zwangsbewirtschaftung von Eiern. Die bisherige Zwangsbewirtschaftung von Eiern wird, nach der „Dtsch. Parl.-Corr.“, auch für das Jahr 1919 fortgesetzt. Das preussische Landesamt für Nahrungsmittel und Eier hat deshalb die entsprechenden Anordnungen für die Zwangsablieferung von Eiern durch die Hühnerhalter getroffen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hans Baxer, Ruffhüner. Für den Anzeigen-Teil: Max Schöng

Am Sonnabend, dem 3. Februar, schloß im Frieden
abends 1 1/2 Uhr unsere innigstgeliebte Schwester und Schwägerin

Frl. Anna Lemke

im 79. Lebensjahr.

Dies zeigen tiefbetäubt au

Familie P. Lemke und Verwandte.

Köslin, den 3. Februar 1919.

Beerdiung findet am Mittwoch, 2 Uhr, von der
apostol. Kapelle aus statt. Trauerfeier eine halbe Stunde
vorher.

Bekanntmachung.

Trotz der Anordnung des Verpräsidenten vom 15. November
1918 (Rt. Bl. S. 412) werden fortgesetzt Käufe pp. innerhalb des Kreises
verkauft, ohne daß die nach § 2 erforderliche Genehmigung des Kom-
munalverbandes zu dem Kauf eingeholt wird.

Ich ersuche nachdrücklich auf die Befolgung dieser Anordnung zu
achten und Zuwiderhandlungen zur Anzeige zu bringen.

Der Vorsitzende des Kreisaußschusses
von Eisenhart-Rothe,
Landrat.

Köslin, den 30. Januar 1919.

Der Magistrat.

Zivilentlassungsanzüge

gelangen vorläufig nicht zur Ausgabe, da dieselben für das hier am
1. Februar 1919 unvermietet eingetroffene und zur Demobilisierung ge-
langende 2. Bat. Inf.-Regt. Nr. 49 gebraucht werden; die für Mittwoch
angeordnete Verabgabe findet daher nicht statt.

Das Eintreffen weiterer Anzüge wird bekanntgegeben.

Köslin, den 3. Februar 1919.

Das Garnisonkommando.

Sin aus dem Heeresdienst entlassen und übernehme wieder

Aufträge zur Ausführung von Dränagen, Wiesenbauten, Grabenregulierungen

sowie sämtliche Erdarbeiten.

P. Priebe,

Tiefbau-Geschäft Köslin.

Neu erschienen:

Karte der Wahlergebnisse

für die

verfassunggebende deutsche Nationalversammlung
auf „Liebenow, Eisenbahn- und Reisefarte vom Deutschen Reiche

Kartenbild 50:60 cm

Preis 1 M.

Maßstab 1:2000 000

Die a. schauliche farbenfrohe Karte bringt in

schwarz: die Stadtengrenzen, eine reiche Ortsbeschriftung mit

den Eisenbahnverbindungen; in

rot: die Wahlbezirke;

vielfarbig: die Wahlergebnisse in Rechten, welche die Abge-

ordneten getrennt nach Parteien, Zahl und Wahl-

bezirken darstellen.

Zu haben in der

„Fürstentümer Zeitung“ A.-G., Köslin.



15 junge starke u. mittlere Pferde

stehen zum Verkauf bei
Marx, am Schlachthaus.

== Hauskauf. ==

Ein Hausgrundstück mit größerem Garten in Köslin oder Umgegend
zu kaufen gesucht.

Evtl. Barauszahlung. Offerten mit Preisangabe unter A. 130 an das
Kösliner Volksblatt.

Volksbund zum Schutze der Deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen!

Vom Montag, dem 3. Februar ab nimmt Herr Kaufmann
Magdalinski, Am Markt 5, vorm. M. Geiß, die Eintragungen in die
Liste und freiwillige Beiträge für die Befreiung unserer Kriegs- und
Zivilgefangenen entgegen.

Landrat v. Eisenhart-Rothe.
Gymnasialdirektor Dr. Ohlsen.
Frau Rechnungsrat Kielich.
Kaufmann Magdalinski.

Frau Gymnasialdirektor Dr. Jonas.
Vorsitzen des Frauenbundes der
Deutschen Kolonialgesellschaft.
R. g.-Supernumerar Pr. W. Hübel.
Materialien-Berwalter R. Roehler.

flechten, Wunden, offene Füße, Krampfadern leiden heilt
sogar in verzweifeltsten Fällen mit oft
überraschendem Erfolg die hautbildende, schmerz- und juck-
reizstillende „Vater Philipp-Salbe“. Preis 1,80 und 3,50 M.; erhältlich in
Hauptapotheke. Man hüte sich vor Nachahmungen und bestelle, wo nicht
erhältlich, direkt bei

Tutogen-Laboratorium, Bzittkehmen-Kominten. 212.

Sarg-Magazin und Beerdigungs-Institut

Holzmarkt? **Albert Jütz** Holzmarkt 2

Telephon 351 ••• Inh.: Willy Jütz ••• Telephon 351

Übernahme bei vorkommenden Sterbefällen Beforgungen
ganzer Begräbnisse,
auch empfehle eigene Leichenfrau.

Größtes Lager in Holz- und Metall-Särgen
sowie Sargausstattungen

Deutschnationale Volkspartei.

Montag, den 3. Februar, abends 8 Uhr:

Hauptversammlung

in der Aula des Gymnasiums.

Tagesordnung: 1. Beratung der Satzung.
2. Stadtvorordnetenwahl.
3. Verschiedenes.

Die Mitglieder, Frauen und Männer, sind herzlich eingeladen.
Nichtmitglieder haben keinen Zutritt.

Deutschnationaler Volksverein Köslin.
Dr. Jütke.

Deutsche Volkspartei,

Kreisverein Köslin.

Mitgliederversammlung

am Mittwoch, dem 5. Februar 1919, abends 8,30 Uhr, im kleinen Saal
bei Lüdtke.

1. Vorstandswahl.
2. Die Stadtvorordnetenwahlen.
3. Statutenänderung.
4. Organisationsangelegenheiten.
5. Verschiedenes.

Volldähliges Erscheinen der Mitglieder ist dringend erforderlich.
Neuaufnahmen können vor Beginn der Sitzung stattfinden.

Der Vorstand,
Sachse, Justizrat.

Bekanntmachung.

In der laufenden Woche — 5.
Woche — werden auf den Kopf
der Bevölkerung 65 Gr. Butter
ausgegeben.

Köslin, den 8. Februar 1919.
Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Von jetzt an ist zur Empfang-
nahme von Kartoffeln im Stadt-
hause neben der Kartoffellart stets
die Brotausweiserte vorzulegen.
Köslin, den 1. Februar 1919.
Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Das militärische Meldeamt, bis-
her Markt 17, befindet sich von
jetzt an im alten Pfarrhause, Bött-
cherstraße 16.

Köslin, den 3. Februar 1919.
Der Magistrat.

Holzverteilung

Dienstag, den 4. Februar 1919,
von 9—10 Uhr Fabrikstraße,
von 10—11 Uhr Feldstraße,
von 11—12 Uhr Friedrichstraße,
von 12—1 Uhr Friedrich Wilh-
Platz.

Köslin, den 3. Februar 1919.
Der Magistrat.

Die Erneuerung der Lose zur
2. Klasse 239. Lotterie muß bis zum
5. Februar, abends 6 Uhr, plan-
mäßig geschehen.

Schrader,

Lotterie-Einnehmer.

Brennholzverkauf

aus den Forsten Kavelberg und
Leimbach findet öffentlich am Don-
nerstag, dem 6. Februar 1919, im
Gasthause des Herrn Maack (früher
Pomplun), Alt-Banzin, statt. Be-
ginn 9 Uhr vormittags

Die Autoverwaltung
Varchminshagen.

Solider Soldat, 20 J., wünscht
Damenbekanntschaft. Angeb. mit
Bild u. J. 149 an die Geschäfts-
stelle d. Bl.

Meine Schneidemühle

ist jetzt wieder im Betriebe und
übernehme jeden Posten Lohnschnitt.

Friedrich Collatz,

Zwölfschufen,
Mahl- und Schneidemühle.

Sin unter

Nr. 503

an das Fernsprechnetz angeschl. sten.

Julius Schröder,
Petroleumgeschäft.

Geld gegen monatliche Rück-
zahlung verleiht
R. Calderarow, Hamburg 5.
Tüchtige Vermittler gesucht

Brautschleier

Paul Reinhardt.

**Kaufe jeden Posten
Kottlee, Weisklee,
Timothy
und Ferradelle.
Franz Obst Nachf.**

**Orthopädischen Turn-
unterricht,**

praktisch und theoretisch erlernt an
der Universitätsklinik Berlin, erteilt
Helene Pitron, Hohentstr. 82.

Rohrplattenkoffer

Turn-verein Köslin E. V.

Die Altersriege turnt jetzt Mitt-
wochs von 7 bis 9 Uhr in der
Mädchenturnhalle, Ringstraße.
Der Turnwart.

Tanzturnen (Musik).

Die Übungsstunde ist für Er-
wachsene und Kinder auf Mittwoch,
den 5. Febr., von 5—7 Uhr verlegt.
Helene Pitron.

Carbid

prima ohne Bezugsschein, von 5
kg an, p. kg 2,5 M. Büchse u.
Porto extra. Carbidlampen in
Saug- u. Tropfsystem bill. a. Lager.
Versandhaus E. Kothehl,
Berlin O. 27, Blumenstr. 12.

Schmiede

in Kordeshagen zu verpachten.

Arbeiterfamilien

mit Hofgänger gegen hohen Lohn
gesucht.

Dom. Hohenhagen.

1 Schlosserlehrling

stellt ein
Emil Tesch, Wilhelmstraße.

Eine ältere,

alleinstehende Frau

oder Mädchen als Wirtschafterin bei
ält. alleinst. Manne sofort gesucht.

Pahlow, Gollendorf.

Hausmädchen,

das etwas kochen kann, bei gutem
Lohn, auch durch Wirtschafterin.

Frau Georg Schrader,
Danzigerstr. 50.

17-jähriger junger Mann sucht
Stelle als

Försterlehrling.

Ang. bote unter G. 138 an die Ge-
schäftsstelle des „Kösliner Volks-
blatt“ erbeten.

Ordentliches

Hausmädchen

gesucht. **Frau Krimphoos,**
Danzigerstr. 35, I. I.

Wegen Verheiratung meines
Mädchens suche ich zum 1. April
ein

Stubenmädchen,

das nähen und plätten kann u. ein

Küchenmädchen,

evtl. auch Kriegerwitwe. Kein
Melken.

Frau Schroeder, Belgrin
bei Rastow, Kr. Belgard.

Suche zum 1. April eine tüchtige,
einfache

Jungfer,

die in Behandlung der Wäsche,
Nähen, Plätten (auch Herrenwäsche)
durchaus erfahren ist, auch Haus-
arbeit übernimmt. Vorstellung er-
wünscht bei

Frau von Caudexer,
Kerstin bei Körlin a. Pers.

Bekanntmachung.

Betrifft Brotgetreideablieferung.

Die Reichsg. treidest. weist n. hmals darauf hin, daß die bisher
seitens der einzelnen Kreise zur Ablieferung gebrachten Mengen Brot-
des Landes entstehen.

Wenn auch die mit den Bitterungsverhältnissen zusammenhängende
Verpauung der Halm- und Hadfruchtete, der Mangel an Arbeitskräfte
und das vielfach zu beklagende Fehlen von Brennstoff und elektrischer
Kraft für den Ausdruck gebührend berücksichtigt werden, so muß doch
mit allen Mitteln darauf gedrungen werden, daß die Ablieferung unter
allen Umständen wesentlich beschleunigt und verstärkt wird.

Schlawa, den 24. Januar 1919.

Der Vorsitzende des Kreisaußschusses.
von Schelha.

Suche für Dom. Gerth
Zwei Arbeiterfamilien
mit je 2 Hofgängern und für Dom.
Thunow

eine Familie
mit Hofgänger.
Meloungen erbitte an
Dom. Thunow.

Deputanten

mit Hofgänger sucht zum 1. April
Dom. Schübben b. Janow.

Grundstücks- und Geldverkehr.

Haus mit Garten,
in guter Gegend bel. gen. zu ver-
kaufen. Näh. in d. Gesch. d. Bl.

Das Haus

Fabrikstraße 10 mit Laden und Auf-
fahrt (für Käufer wird Wohnung
frei) verlaufe sofort.
Lützschwager, Quebestr. 4.

Grundstück

von 5—10 Morgen mit guten Ge-
bäuden in Pommern von Selbst-
käufer gesucht. Angebote erbeten
an
H. A. Borch, Köslin,
Graudenz, Lindenstr. 96.

Eine Werkstatt

oder Laden mit Nebenraum zum
1. März in Nebenstraße zu mieten
gesucht. Angebote unter G. 139 an
die Geschäftsstelle des „Kösliner
Volksblatt“ erbeten.

Tiermarkt.

Starkes, schwer zugfestes

Arbeitspferd

verkauft
Neustorstraße 32.

Ein junges Pferd

in gutem Futterzustande verkauft
Rath, Augustin.

Un- und Verkäufe.

Frachanzug, Betten, Kinderbett-
stelle, großer Vogelbauer zu ver-
kaufen. Zu erfragen in der Ge-
schäftsstelle d. Ztg.

Wohnungen, Zimmer.

3-Zimmer-Wohnung
zum 1. April gesucht. Off. unter
D. 133 a. d. Exp. d. Ztg.

Kösliner Veranstaltungen.

Montag, den 3. Februar.
Fürstin Bismardschule Elternabend
abends 6 Uhr im Schulsaal.

Loge 6,30 Uhr.

Planarung des Arbeiter- und
S. D. Rates, abends 7,30 Uhr
im Rathausaal.

Geflügelzucht- und Tierzuchtverein.
Versammlung abends 7,30 Uhr
bei Zels, Grünstraße

Deutschnationale Volkspartei.

Hauptversammlung nur für Mit-
glieder, abends 8 Uhr in der
Aula des Gymnasiums, Berlin.

Katholischer Männerverein. Ver-
sammlung abends 8 Uhr im Hoff-
häuser, Friedrichstr. 8.

Anzeigen aus Janow.

Janow, den 30. Januar 1919

Bekanntmachung.

Landwirte, die Bedarf an Weiden
und Pflanzflächen haben, wollen sich
bis spätestens den 3. Februar d.
Js. bei uns melden.
Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Holzverkauf.

Montag, den 10. Februar, vorm.
von 9 Uhr ab sollen aus unserer
Stadtforst im Pomplunischen Saal
244 Stamm Kiefern-Langholz
mit 212 Fehlmeter und aus
dem vorjährigen Einschlag,
25 Kiefern-Stangenhausen
öffentlich meistbietend verkauft wer-
den.

Janow, den 31. Januar 1919.

Die Forstkommission.